

# Laibacher Zeitung.

Nr. 270.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Samstag, 23. November

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. f. w. Insertionsstempel jedesmal 30 kr.

1872.

## Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 7. Oktober d. J. den Domherrn des st. pölkner Kathedralcapitels Matthäus Binder zum Bischof von St. Pölten allergnädigst zu ernennen geruht.

Stremayr m. p.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 8. November d. J. die Dechanten und Stadtpfarrer zu Wolfsberg und Bölschmarkt Rudolf Gussenbauer und Andreas Alliantichitsch zu Ehrenmitgliedern des gurker Kathedralcapitels allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 2. November d. J. den Supplenten des Bibelstudiums des neuen Bundes an der theologischen Facultät und Studienpräfekten im f. b. Priesterhause zu Graz Dr. Franz Böhl zum ordentlichen Professor des Bibelstudiums des neuen Bundes und der höheren Exegese an der Universität in Graz allergnädigst zu ernennen geruht.

Stremayr m. p.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 17. November d. J. dem pensionierten Director der städtischen Buchhaltung und gewesenen Dozenten der Staatsrechnungs-Wissenschaft Rudolf Demel in Triest den Titel eines kaiserlichen Rathes mit Nachsicht der Taten allergnädigst zu verleihen geruht.

Der Minister des Innern hat den Herren Dr. Rudolf Seidler Edlen v. Armingen, Anton Panger und Dr. Candidus Klug die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma „Aquarium- und Terrarium-Gesellschaft zu Wien“ mit dem Sitze in Wien erteilt und deren Statuten genehmigt.

Der Minister des Innern hat im Einvernehmen mit den theilnehmenden k. k. Ministerien den Herren Othmar Rohr und Julius Faloweg die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma „Erste österreichische Gesellschaft für Zucker-, Um- und Conservirungsbauteile“ mit dem Sitze in Wien erteilt und deren Statuten genehmigt.

Am 21. November 1872 wurden in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien die Stücke LVI und LVII des Reichsgesetzblattes — vorläufig bloss in der deutschen Ausgabe — ausgegeben und versendet.

Das LVI. Stück enthält unter Nr. 147 den Vertrag vom 18. November 1871, abgeschlossen von der k. und k. Regierung einerseits und von der Dampfschiffahrtsgesellschaft andererseits, wegen Versorgung des Seepostdienstes.

Das LVII. Stück enthält unter Nr. 158 die Concessionsurkunde vom 6. Oktober 1872 für eine Locomotiveisenbahn von Troppau über Reutitschein bis an die mährisch-ungarische Landesgrenze am Blarab-Passe in der Richtung gegen Treuttsch.

(Zur. Ztg. Nr. 267 vom 21. November.)

## Nichtamtlicher Theil.

Um einen reichlicheren Nachwuchs bergtechnisch gebildeter junger Männer für die Verwaltung der Staatsbergwerke zu gewinnen, werden künftig mit guten Zeugnissen versehene absolvierte Bergakademiker als Bergwesens-Eleven mit jährlichen Adjuten von 500 fl. und 600 fl. und überdies im Falle des Bedarfs als Bergpraktikanten auch solche junge Männer aufgenommen werden, welche zwar mit genügendem technischen Wissen ausgerüstet sind, aber noch nicht die vollständige bergakademische Ausbildung erlangt haben.

Bergpraktikanten werden, nachdem sie die Bergakademie mit gutem Erfolge absolviert haben, als Bergwesens-Eleven bestellt, und es ist die Zahl der letzteren dermal auf 32, wovon 12 für den Dienst bei den Salinen, festgesetzt.

## Vom Tage.

Se. k. und k. Apostolische Majestät sind am 20. d. aus Ungarn nach Wien zurückgekehrt.

Das „Neue Fremdenblatt“ knüpft an diese That- sache die Meldung, „dass gleichzeitig auch Graf Andrássy, der seit der Delegationseröffnung sein Palais am Ball-

hausplatz nicht gesehen, seinen Sitz wieder bleibend in Wien aufschlagen wird. Die Regierungsmaschine wird dadurch in ein rascheres Geleise gerathen und namentlich dürfte in den inneren Angelegenheiten, wozu wohl hauptsächlich die Wahlreform zu rechnen, ein rascherer Fortgang bemerkbar werden.“

Der wiener Correspondent des „P. V.“ schreibt: „Die feudalen Organe geben sich den Anschein, als würden sie von der Hieherkunft des Kaisers eine für sie günstige Wendung der Situation erwarten können. Worauf sich diese Hoffnung stützt, wird von dieser Seite nicht angedeutet, allein man gibt zu verstehen, dass die Vorgänge in Tirol zu dieser Annahme einige Berechtigung bieten. In dieser Richtung, sollte man glauben, werden die verfassungseindlichen Elemente der „überbesonderen Allerhöchsten Auftrag“ erfolgten Schließung des tiroler Landtages geeignete Anhaltspunkte finden, selbst wenn sie, angeeifert durch den Unmuth der verfassungstreuen Presse, in dem Verlaufe der tiroler Affaire eine Ermuthigung für ihre Bestrebungen erblicken wollten. Sollte sich übrigens die Meldung bestätigen, dass die Hieherkunft Sr. Majestät des Kaisers der endgiltigen Feststellung der Vorläufe für den Reichsrath und darunter in erster Linie der Wahlreform-Vorlage gilt — eine Meldung, deren Richtigkeit von den verschiedensten Seiten constatirt wird —, dann ist es geradezu unbegreiflich, wie die Feudalen aus dieser Reise für sich Kapital schlagen wollen, davon ganz abgesehen, dass der Kaiser die Residenz wird wohl betreten können, ohne gleich von den Feudalen für ihre Zwecke förmlich reclamirt zu werden. In der Situation selbst hat sich nicht viel geändert. Die verfassungstreue Presse grokelt noch immer wegen Innensbruch, obgleich ihr die Haltung der verfassungseindlichen Organe einige Beruhigung über die angebliche „Schwäche“ der Regierung gewähren sollte, denn von einem Triumphgeschrei und Aecheln, das einige liberale Organe ohnungslos schon anstimmen sahen, ist nicht viel zu spüren, da selbst die energiegeltesten Organe der Föderalistenpartei über den Akt der Vornahme der Reichsrathswahl durch die tiroler Ultramontanen in empfindlicher Weise zu stolpern sich genöthigt sehen, und dieses sie in ihrem Siegeslaufe wesentlich hemmt. Aus Lemberg liegen gar keine Nachrichten von Belang vor. Von der Adresse ist es stiller geworden, dagegen liegen Symptome vor, dass der Antrag auf Einführung directer Wahlen dort sehr verstimmt und im polnischen Club zu sehr erregten Debatten über die Opportunität des Adresseantrages geführt haben soll.“

## Die galizische Adresse.

Der galizische Landtag fühlt wieder einmal das Bedürfnis, seine Wünsche in Form einer Adresse an den Stufen des Allerhöchsten Thrones niederlegen. Der fragliche Adresseentwurf lautet:

„Euer Majestät, gnädigster Herr und Kaiser!“

Der Landtag des Königreiches Galizien und Lodomerien sammt dem Großherzogthume Krakau bringt an den Stufen des Allerhöchsten Thrones den Ausdruck seiner Ehrfurcht und Treue dar und auf Höchsterse bewährte Huld vertrauend, wendet er seine Blicke zu Eurer kaiserlichen und königlichen Majestät, von da Schutz und Hilfe erwartend mitten in den Bedrängnissen dieses Landes.

Vor vier Jahren hat es der Landtag ausgesprochen, was ihm als Grundlage und Bedingung eines wahrhaften Gedeihens des Landes erscheine; dies hat er bei jedesmaligem Zusammentritte wiederholt, der Verwirklichung seiner Wünsche vergeblich entgegensehend.

Die von Euer Majestät bei der Eröffnung des Reichsraths im vorigen Jahre ausgesprochenen Worte flößen uns die zuversichtliche Hoffnung einer baldigen befriedigenden Erledigung dieser so lange hinschlep- pendes Angelegenheit ein, indem Euer Majestät dieselbe unter den allerwichtigsten Staatsbedürfnissen hervorzu- heben geruhten, und die gleichzeitig betonten Bedingungen der Einheit und Machtstellung der Monarchie ja keine Gegner bei uns haben, sondern an uns stets die eifrigsten und überzeugungstreuesten Befürworter fanden und finden werden.

Zu unserm um so größeren Leidwesen sehen wir, dass ungeachtet unserer unablässigen Bestrebungen diese sowohl für unser Land, als für die Regelung der Verhältnisse der Gesamtmonarchie gleich wichtige Frage auf Voreingenommenheit und Schwierigkeiten stößt, welche

Euer kais. und königl. Majestät hochherzige Absichten vereiteln können und der Befriedigung unserer Bedürf- nisse hindernd entgegenstehen. Unterdessen erleidet unser Land immer größeren Schaden dadurch, dass die engen und unklaren Grenzen seiner Autonomie die Einführung seinen Zuständen, Sitten und Bedürfnissen entsprechender Gesetze und Einrichtungen nicht gestatten und das fortwährende Provisorium, die Unsicherheit der Gesetzsaus- legung und die Competenzstreitigkeiten sowohl die legis- lative, als auch die administrative Thätigkeit in allen Bereichen lahmlegen. Die in Aussicht gestellten Vorla- gen über directe Wahlen haben die verschiedenartigsten Ansichten, Vermuthungen und Besorgnisse hervor- gerufen.

Unserem Landtag steht das durch Euer Majestät im Landesstatute verbriefte Recht zu, Abgeordnete in den Reichsrath zu wählen.

Dieses Recht des Landtages ohne seine Zustimmung antauchen zu wollen, hieße die Grundlagen der be- stehenden Staatsordnung untergraben und den Glauben an das Verfassungsrecht erschüttern.

Auf Euer Majestät Huld und Gerechtigkeit bauend, empfehlen wir das Land, allergnädigster Herr, Höchster kaiserlicher Schutze und bitten Gott, dass er Euer kaiserliche und königliche Majestät schützen und er- halten möge.“

Die öffentlichen Stimmen säumen nicht, dieses Schriftstück einer kritischen Beleuchtung zu unterziehen. Die „Tagespresse“ äußert sich, wie folgt:

„Wenn der galizische Landtag dem Monarchen zu- muthet, auf Forderungen einzugehen, welche die gegen- wärtige Regierung als absolut unerfüllbar bezeichnet hat, so verlangt der Landtag damit die Entlassung des Ministeriums Auerberg und er stellt sich zugleich in einen flagranten Widerspruch zu der Verfassung, in deren Rahmen die Bewilligung der Resolutionsforderun- gen unmöglich ist. Die Adresseanten sagen freilich in dem- selben Athemzuge, mit dem sie die Resolution anrufen, dass die Staatsmachtstellung und Reichseinheit in Ga- lizien nicht nur keine Gegner, sondern bereitwillige, tief überzeugte Vertheidiger habe. Aber wenn die Polen sich selbst mit dieser reichstreuen Versicherung meinen, so nicht ihre politische Haltung damit in starkem Wider- spruche. Die Reichseinheit im Munde und die Resolu- tion im Herzen, das ist die politische Signatur der ge- genwärtigen galizischen Landtagsmajorität. Natürlich kommt die Adresse auch auf die Schmerzen zu sprechen, welche den Polen die bevorstehende Wahlreform ver- ursacht. Das landtägliche Recht der Reichsraths-Be- schließung, das schon längst allen Nimbus verloren hat, wird aufs neue wieder als eine durch das Landesstatut für ewige Zeiten garantierte Prärogative des galizischen Landtages hingestellt, an welcher ohne ausdrückliche Zu- stimmung des Landtages nicht gerührt werden dürfe. Die Polen gehen dabei so weit, dass sie die beabsichtigte Wahlreform als einen Versuch bezeichnen, die bestehen- den Grundlagen der Ordnung zu vernichten und das Verfassungsrecht zu untergraben. Wenn sich die Polen die Sache wirklich so schlimm vorstellen, warum sind sie dann nicht auf die Anerbietungen des Verfassungs- ausschusses eingegangen, bei welchen beinahe die Frage der Reichsrathsbesetzung offen gelassen war und bei nur halbwegs entgegenkommender Haltung der Polen auch wohl bereitwillig in ihrem Sinne entschieden wer- den konnte. Aber die lemberger Herren wollen eben nur nehmen und gar nichts geben, und wenn auf dieser Grundlage kein Compromiß zu stande kommt, dann schreien sie über Bedrückung und Vergewaltigung.“

Möchten sie doch die Worte beherzigen, welche ihnen ihr Stammesgenosse Kraszewski in dem soeben veröffent- lichten „polnischen Programm für das Jahr 1872“ von Posen aus zuruft. Der berühmte Schriftsteller sagt: „Die Wende, welche in unserer Politik im Jahre 1872 vorliegen muß, beruht hauptsächlich in dem end- lichen Aufhören von Protesterhebungen und La mentieren, im Uebergehen vom Worte zur That. Diese That muß die innere Wiedergeburt, die Kräfti- gung der Existenz, das Erhalten unserer Nationalität sein. Die unfruchtbaren Manifestationen sind abgenutzt, die Proteste veraltet und die Zeiten der künstlichen Aufregung eines lärmenden Patriotismus sind vorüber.“ Kraszewski rath seinen Landsleuten zu arbeiten, sich zu sammeln, alle Conflcte zu vermeiden, welche keinen Nutzen bringen und die Kräfte absorbieren.“



## Bur Action der Landtage.

(20. November.)

**Niederösterreich.** Die verschiedenen Ausschüsse verarbeiten das vorliegende reiche Material.

**Oberösterreich.** Ueber die Regierungsvorlage wegen des Schutzes der Bodencultur gegen Insectenverheerungen wird nach langer Debatte mit 23 gegen 20 Stimmen zur Tagesordnung übergegangen. Die Vereinigung des Landesfonds, Schulfonds und Schuldenfonds wird angenommen und der Landesauschuss beauftragt, das nächste Preliminare danach einzurichten und entsprechende Anträge zu stellen. Der Landesauschussbericht über die Reorganisation der Lehrerbildung wird dem Schulausschuss zugewiesen.

**Salzburg.** Die Bauordnung für die Landeshauptstadt Salzburg wurde durchberathen und angenommen; der Straßengesetzentwurf wurde bis § 16 berathen und angenommen.

**Steiermark.** 37 Gemeinden petitionierten um die Aufhebung des Legalisierungswanades. Dr. Bodnjal interpelliert den Statthalter, warum die sprachliche Gleichberechtigung in Schule und Amt in den slovenischen Bezirken der Steiermark noch nicht durchgeführt wurde und warum die Professoren Bajk und Schuman vom Gymnasium in Marburg entfernt wurden. Baron Rast interpelliert wegen Nichtzuweisung des Professors Winter zu den Sitzungen des Landeschulrathes und fragt, ob die Regierung diese Verfügung rückgängig machen wolle. Der Statthalter antwortet sofort in entschiedenem Sinne und betont, daß die Regierung die besagte Verfügung nicht rückgängig machen werde. (Von mehreren Seiten Bravo.)

**Schlesien.** Der Erlaß eines Feuerpolizeigesetzes wird beschlossen und ein eigener Ausschuss hierfür gewählt. Vor dem Wahlberichte über die Wahl des Abg. Smiech (polnischer Landmann) ist eine Vorbesprechung nötig; dieser Gegenstand wird deshalb von der Tagesordnung abgesetzt.

**Böhmen.** Die Regierungsvorlage betreffs theilweiser Veränderung der Schulaufsichtsgesetze wird der bereits bestehenden Unterrichtskommission zugewiesen. Für die Regierungsvorlage betreffend die Realschulen wird eine neungliedrige Kommission gewählt. Der Vorschlag des Normalchulfonds für 1873 wird der Budgetkommission zugewiesen. Der Commissionseurwurf betreffend das Schublotter-Gesetz wird in dritter Lesung angenommen. Hierauf motiviert Bickert in längerer Rede seinen Antrag wegen Steuerbefreiung der Gewerbe- und Wirtschaftsgenossenschaften, und wird zur Vorberathung dieses Antrages eine neungliedrige Kommission gewählt. Der Antrag der Budgetkommission betreffend die Restaurierung der Burg Karlstein wird nach warmer Befürwortung durch den Domherrn Zintl angenommen. Hierauf Commissionswahlen.

**Mähren.** Vichold legt sein Reichsrathsmandat nieder. Weber interpelliert den Statthalter, ob er wegen der Hintanhaltung der Choleraepidemie durch die Mähren durchziehenden Retulentransporte aus Galizien das Geeignete zu veranlassen gedenke. Der Statthalter verspricht sofortige Einleitung von Erhebungen. Die Anträge betreffs Würdigung der Folgen der Grundsteuer-Regulierung auf das Landeswohl so wie wegen Uebernahme des Vermögens der Piarr-Armeninstitute in die Gemeindeverwaltung werden nach erfolgter Begründung durch die Antragsteller an Ausschüsse gewiesen. Ein Dringlichkeitsantrag, die Reorganisation des brünner Polytechnicums dem Reichsrathe zu überlassen, wird mit der diesbezüglichen Regierungsvorlage an den Schulausschuss überwiesen.

**Italien.** Die Gesetzentwürfe betreffs der Rechtsverhältnisse des Lehrpersonals so wie wegen Einrichtung und Erhaltung der Schulen wurden endgültig angenommen.

## Journalstimmen über den Exceß im ungarischen Abgeordnetenhaus.

Die Mehrzahl der verfassungstreuen Journale constatieren die Solidarität zwischen der Deakpartei und den Verfassungsfreunden; sie wünschen der ersteren ein siegreiches Hervorgehen aus dem Kampfe, der ihr von der Linken im Bunde mit noch anderen Gegnern aufgebrängt worden.

Das „N. Fröbl.“ bemerkt zu dem parlamentarischen Skandale, „daß der wüthige Eternatony, wenn er auch nur seinen persönlichen Gelüsten folgt, doch eigentlich die Geschäfte anderer verrichtet, daß er eigentlich für niemanden anderen als Senay arbeitet, das wird allgemein als richtig anerkannt. Die Deakpartei wird berathen, was in der gegenwärtigen Lage zu thun. Das Land erwartet, daß es eine ganze That sein werde, geeignet, Recht und Ordnung im ungarischen Parlamente wiederherzustellen.“

„Besti Naplo“ schreibt an leitender Stelle: „Von Seiten des Präsidenten war es eine große Nachsicht — und das ganze Haus ist übrigens von derselben nicht freizusprechen —, als es Eternatony von Dingen sprechen ließ, die nicht zur Tagesordnung gehörten, indem dieser, anstatt eine einfache Motivierung seiner Meinung über die in der Bragiarinischen Angelegenheit erhaltene ministerielle Antwort zu geben, gegen das Vorgehen der Regierung eine Philippica zu halten begann und später gar die Discussion auf ein Gebiet führte, das mit dem auf der Tagesordnung stehenden Gegenstande auch nicht in der geringsten Verbindung war. Aber der Präsident setzte seinem Verschämmen noch die Krone auf. Als Eternatony seine Worte „interpretierte“, damals hätte ihn der Präsident da auf aufmerksam machen sollen, daß jedem Abgeordneten das Recht zustehe, selbst einen Antrag auf Verletzung in den Anklagestand einzubringen, wenn er ihn begründet sieht; der Abgeordnete habe aber kein Recht, das Haus durch allgemein gehaltene Verdächtigungen zu schänden. Eine derartige Aeußerung des Präsidenten würde allseitigem und allgemeinem Beifalle begegnet sein. Diese Aeußerung wäre zugleich eine Antwort auf die Verdächtigungen gewesen, und der Ministerpräsident wäre nicht in die Lage gekommen, im ersten Augenblicke der Aufregung und so würdiger Indignation das Wort ergreifen zu müssen.“

Der „Ung. Bloz“ schließt seinen Leitartikel mit nachstehenden Sätzen: „So lange nur solche Beschuldigungen in solcher Form gegen den Grafen Vonyay vorliegen, wie sie heute Herr Ludwig v. Eternatony nach den Gewohnheiten leichfertiger Redebung hingeworfen hat, wird die Achtung des Hauses vor jenem nicht erschüttert werden; werden klare und deutliche Thatfachen gegen den Ministerpräsidenten angeführt, geeignet, ihn zu überführen, dann wird derjenige Theil der Presse, welcher in den Reichen der Deakpartei für dieses Land und seine Interessen kämpft, keinen Augenblick anstehen, sich von dem Manne loszusagen, der jetzt und bis auf weiteres noch immer der Vertrauensmann der Deakpartei und der aus ihrer Mitte hervorgegangene Ministerpräsident des ungarischen Staates ist.“

Diesen Journalstimmen wollen wir noch anfügen, das in der am 20. d. stattgefundenen Sitzung des Deakklubs folgender Beschlufsantrag Korizimis, welcher mit Zustimmung der Regierung und Deaks eingebracht wurde, angenommen wurde: „Nachdem im Verlaufe der

jüngsten Session die Hausordnung sich vielfach als mangelhaft erwiesen hat; der Vorfall am 18. November, namentlich die von einem Mitgliede vorgebrachten grundlosen Verdächtigungen die Würde des Hauses tief verletzten und die Hausordnung keinen genügenden Modus bietet, um denselben gebührend zu begegnen und ähnlichen Fällen vorzubeugen; möge das Abgeordnetenhaus eine Reiner-Commission entsenden, welche die Hausordnung zu revidieren und Verbesserungsvorschläge zu machen hätte.“ Baczoly beantragt folgenden Zusatz, welcher auf Fürsprache Franz Batsky's angenommen wird: „Das Ministerium wird angewiesen, bezüglich Abänderung des 1848er Gesetzartikels 4, § 14, wonach die Hausordnung nur am Schlusse der Session revidiert werden kann, ehestens einen Gesetzentwurf einzubringen.“

## Bur Action in Preußen.

Der Cultusminister legte in der Abgeordnetenhausung am 20. d. M. einen Gesetzentwurf vor, betreffend die Grenzen des Rechts zum Gebrauche kirchlicher Straß- und Zuchtmittel. Sodann begann die erste Berathung der Kreisordnung. Radik Redner sind für dieselbe, dreizehn dagegen eingeschrieben. Nachdem Blandenburg für und Szuman und Mallinckrodt gegen die Vorlage gesprochen, erklärt der Minister des Innern gegen die Ausführungen des letzteren, die Regierung müsse auf dem Ausschlusse der Provinz Posen von der Kreisordnung bestehen, weil sie nicht den Ungehorsam organisieren wolle. Der Minister sagt schließlich, das Interesse für das Zustandekommen des Gesetzes habe ihn berechtigt, Mahnungen an das Herrenhaus zu richten; über die Zulässigkeit eines Patersschubes könne er sich im Abgeordnetenhaus nicht interpellieren lassen, ebenso wenig wie ihm einfallen würde, Rede zu stehen, wenn er im Herrenhause über die Auflösung des Abgeordnetenhauses interpelliert würde; die Regierung müsse in dieser Beziehung ihren freien Standpunkt wahren.

## Journalstimmen über die Botschaft Thiers'.

Die „Provinzial-Correspondenz“ hält die in der Botschaft Thiers' ausgedrückte Befriedigung über die wirtschaftlichen Hilfsquellen Frankreichs für gerechtfertigt. Die nächste Entwicklung in Frankreich werde gewiß die allseitige Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen, wenn auch nicht im Sinne der „Huldigung für den Einfluß Frankreichs“, die glücklicherweise einem überwundenen Standpunkte angehört.

„Diritto“ ist mit der Sprache des Präsidenten Thiers sehr zufrieden und sagt: „seit langer Zeit haben wir nicht eine Sprache vernommen, die so weise und praktisch ist, so ganz von den echten französischen Interessen eingegeben, und den Bedürfnissen des Friedens und der Civilisation entsprechend. Wenn Herr Thiers, welcher seine staatsmännische Laufbahn mit der Präsidentschaft der französischen Republik glorreich beschließt, weiter nichts gethan als diese Botschaft verfaßt hätte, so hätte er damit allein genug gethan, um als einer der hervorragendsten Staatsmänner unserer Zeit anerkannt werden zu müssen.“

Die „Italia“ schreibt: „Herr Thiers hat sich so klar ausgesprochen, daß man über seine Absichten nicht mehr im Zweifel sein kann. Er hat zwar einer starren und unerschütterlichen Monarchie noch ein Hintertürchen offen gelassen, aber diese Phrase ist nicht der Ausdruck seiner Ueberzeugung, und er hat sich wahrscheinlich nur so ausgesprochen, um die vernünftigen Mitglieder der Rechten noch auf seine Seite herüberziehen. Um die Sache bei ihrem wahren Namen zu

## Seniſſeton.

### Ein Fürstenson.

Novelle von Carit Elar.

(Fortsetzung.)

„Ist hast du deine Probe bestanden,“ sagte sie, „wer kann wissen, wozu sie diene. Charsfreitag währt nie so lang, daß Dornen nicht demselben folgte.“

Gurre begriff ihre Worte nicht, er betrachtete verwundert ihre nasen, glänzenden Augen. Das was er gethan, erschien ihm so natürlich. Ist schritt Sille neben Gurre her, allein seit diesem Tage war ihr Wesen gegen ihn bedeutend verändert, er fand jetzt in ihr eine zärtliche Mutter, während sie früher seine Herrin gewesen war. Bald darauf begegnete sie einer anderen Arbeiterin Zigeuner, die denselben Weg einschlugen, den Sille verfolgte. Sie verstand auch hier sich Respekt zu verschaffen. Ihrem Befehle folatlen alle ohne Widerrede.

Eines Abends erreichten sie einen großen Hof, der auf einer von Bäumen und lichten Flächen umkränzten Anhöhe lag. Als Sille denselben erblickte, schlug sie vor Freude ihre Hände zusammen und schien den Ort genau zu kennen. Doch äußerte sie sich nicht darüber, sondern meinte nur, es sei am besten, hier bis zum nächsten Tage zu verweilen. Die Zigeuner hatten einen weiten Weg zurückgelegt und diesmal nur wenig zu essen bekommen, da ihre Körper leer waren. Aus diesem Grunde drangen die drei Männer tiefer in den

Wald hinein, um etwas zu Abendmahlzeit aufzutreiben. Garre begleitete sie, die Weiber blieben zurück. Sie fachten Feuer an und schnitten Zweige zu einem Hüttenlager für die Nacht. Es dunkelte bereits, als die Männer zurückkehrten. Keiner brachte etwas. Die Bauernhäuser lagen weit entfernt und die Schafe hatten sie des strengen Winters halber in den Stall getrieben. Garre war der letzte. Er schlupperte einen großen Hund hinter sich her, den er an sich gelockt und hinter einer Hecke erdroffelt hatte. Nun wurde es lebhaft im Lager. Einiae streiften das Fell von dem Hunde ab, andere gruben ein Loch in die Erde und machten die Steine am Herde glühend, um das Fleisch zu rösten.

„Welch ein prächtiger Hund!“ sagte Sille, „und welcher ein Fell! das kann fast ein Paar Beinkleider abgeben.“

„Ja, und eine Pelzmütze obendrein!“ fügte Garre hinzu. „Die Unsrigen gehen in Polen sämmtlich mit Pelzmützen.“

Während sie eifrig beschäftigt waren, das Mahl anzurichten, vernahm man drinnen im Walde ein lautes Geheul. Die Zigeuner lauschten. Sille sah sich um und warf in Eile Garres Sack über das getödtete Thier. Der Laut wiederholte sich bald darauf, diesmal von mehreren Seiten und schien näher zu kommen.

„Eine Koppel Hunde ist uns auf der Spur,“ begann ein Zigeuner, „wenn indeffen keine Männer kommen, hat es nichts auf sich, wir kennen sie durch brennende Scheite abwehren.“

Er zog mit diesen Worten einen Tannenzweig aus dem Feuer und die übrigen folgten seinem Beispiele. Sille hingegen fand es gerathen, in den dichtesten Busch, den sie finden konnte, zu kriechen. Bald nachdem hatten die Hunde das Lager der Zigeuner aufgesüßert. Als sie das Blut ihres Kameraden rochen, stießen sie ein durchdringendes Beheul aus, wagten es jedoch nicht, sich den Fackeln der Zigeuner zu nähern. Drei bewaffnete Reiter folgten ihnen, jeder hatte eine Hesperische über die Schulter hängen.

„Sie haben schlimmere Zähne als die Hunde,“ sagte Garre.

Der Vornehmste der Herren sprang vom Pferde und schritt auf den Herd zu, Sille hatte zwar den Hund zugedeckt, allein vergessen, was an einem Stecken über dem Herde zum Trocknen hing. Kaum gewahrte der Reiter dasselbe, als er zornig aufschrie. Sie verstanden nicht die fremde Sprache, welcher er sich bediente, aber er verstand auch, ohne Worte sich verständlich zu machen. Der Herr zog eine silberne Signalfleife hervor und blies in dieselbe. Zahlreiche, bewaffnete Diener eilten herbei und bald darauf waren die sechs Zigeuner, mit auf dem Rücken gefesselten Händen an die Schweife der Rosse gebunden.

Sille verkroch sich hinter ihrem Busche. Keiner hatte sie entdeckt, da sie jedoch das Schicksal ihrer Kameraden überlegte, theilte sie freiwillig deren Los. Nun ging es im scharfen Trabe über Schneefelder und das gefrorene Erdreich, die Zweige erfassten in den Engpässen die Kleider der Zigeuner, die Hunde waren ihnen be-



nennen, so ist es eine Art Dictatur, die Herr Thiers, durch die Lage der Dinge genötigt, eine zeitlang übernehmen muß, eine zwar nur moralische, die aber gerade so stark und mächtig ist, als wenn sie aus einem Plebiszit oder aus einem Staatsstreich hervorgegangen wäre. Es ist seine Mission, sich als Schiedsrichter zwischen die extremen Parteien zu stellen, und wenn ihm sein schon ziemlich weit vorgeschrittenes Werk gelingt, so rettet er Frankreich und verdient sich einen schönen Platz in der Geschichte."

Infolge der in der Nationalversammlung gegen die Regierung gesprochenen harten Worte empfing Präsident Thiers am 19. d. abends Deputierte der Linken und drückte den Wunsch aus, infolge seiner angegriffenen Gesundheit die Last der ihm verliehenen, durch das Treiben der Rechten erschwerten Gewalten niederzulegen. Die Uebertragung der Gewalt werde, Dank der bewunderungswürdig organisierten, dem Geseze und der Regierung treu anhängenden Armee, ohne Unordnung erfolgen. Er werde nur dann auf dem Platze verbleiben, wenn er ein formelles Vertrauensvotum und die Zusicherung zur Durchführung gewisser Reformen erhalten. Die Rechte beharrt auf ihrem Widerstande gegen die Proclamation der definitiven Republik, weist aber augenblicklich auch jede monarchische Combination zurück. Die Rechte ist dem Vernehmen nach geneigt, durch besondere Maßnahmen innerhalb der Grenzen des Pactes von Bordeaux die Gewalten Thiers zu beschränken.

## Politische Uebersicht.

Laibach, 22. November.

In der am 21. d. in Pest stattgefundenen Konferenz der Deakpartei erklärte der k. ungarische Ministerpräsident Graf Vonyay im Namen des Gesamtministeriums, daß er von der beantragten Aenderung der Hausordnung die Verhütung ähnlicher Ständele lästig erwarde. Die Versammlung nahm diese Erklärung zustimmend zur Kenntnis. — Minister Kertapolhy erklärte, die Beendigung der Arbeiten des Finanz-Ausschusses sei unmöglich und dieserwegen die Inamutitätsvorlage nötig. — Ueber den Beschluß der Deakpartei anlässlich des letzten Ständele sagt „Pesti Naplo“, der Beschluß sei genügend, da er für die Zukunft vorliegt; ein Vertrauensvotum sei nicht nötig, da die Stellung des Ministeriums durch solche Angriffe nicht erschüttert wurde; eine specielle Misbilligung aber hätte einen neuen Skandal hervorgerufen. Der „Bester Vloho“ sagt gleichfalls, daß ein Vertrauensvotum nicht nötig sei, da keine politische, selbst nicht eine persönliche Frage vorliege und das Vertrauen der Partei überhaupt nicht erschüttert sei. Der „Ungarische Vloho“ meint, daß neue Hausordnungsparagrafen nichts nützen, eine straffere Parteidisziplin sei nötig. „Korunt“ ist selbst mit einer Misbilligung unzufrieden und meint, Eternation soll Abbitte leisten. „Ellendör“ schweigt. „Reform“ bringt einen heftigen Artikel gegen Eternation. Seine ganze Thatigkeit sei eine Reihe von Skandalen. Das genannte Blatt reproduciert sodann die im Jahre 1850 im „Pesti Naplo“ veröffentlichte motivierte Erklärung der pariser ungarischen Emigration, mit welcher die Ausschließung Eternation's aus der Mitte der Emigration bekanntgegeben wurde. Die „Reform“ veröffentlicht den Wortlaut des Ausstoßungs-Documents gegen Eternation. Darin heißt es: „Nicht nur wegen Fälschung, für die er die Haft abgeleistet hat, nicht nur wegen mehrfachen Diebstahls, wegen fortgesetzter Verleumdung und niedriger Angriffe gegen andere, sondern auch wegen nachgewiesener Spionage und Provocation unter dem Deckmantel des Patriotismus wird Genannter ausgestoßen etc.“

ständig auf den Fersen. Die Gefangenen liefen hinter den Pferden her, so gut es gehen wollte. Wenn sie fielen oder nicht rasch genug folgten, peitschten ihre Herren unbarmherzig auf sie los. Das half. Garre hielt sich an Silles Seite. Er meinte, es bangte ihm sehr.

„Mutter, Mutter!“ flüsterte er in der Sprache seines Stammes, „was soll ich nun thun? Heute Abend gehe ich hinterher, morgen werde ich wahrscheinlich meinen Landsleuten voranspringen.“

„Noch ist keine Gefahr vorhanden,“ tröstete Silles. Der Abend war düster hereinbrochen, als sie den Hofplatz erreichten. Die Zigeuner wurden in einen Keller getrieben und der Schließer schloß die Thür hinter ihnen mit einer Drohung und Gekröde, die nichts gutes für den nächsten Tag verhieß. Der Keller war rau und kalt. Als der Mond aufging, schien er durch ein eisernes, in der Mauer angebrachtes Schalloch zu ihnen hinunter. Die Wände waren von der Feuchtigkeit grün geworden, das Wasser tropfte von der gewölbten Decke in schweren Tropfen hernieder. In einem Winkel lag ein Haufe muffigen Stroh und ein zerbrochener Tisch. Daraus bereitete Silles ein Lager. Garre hatte sich seiner Fesseln entledigt und löste jetzt die ihrigen, worauf sie das Stroh auseinander und schien über etwas nachzufinnen; sie äußerte sich jedoch gegen keinen. Der Knabe schritt im Keller auf und ab, rang die Hände und schlürfte begierig das Wasser von den Steinen, um seinen brennenden Durst zu löschen.

(Schluß folgt.)

nage und Provocation unter dem Deckmantel des Patriotismus wird Genannter ausgestoßen etc.“

Der Gesezentwurf der preussischen Regierung über die Grenzen des Rechtes zum Gebrauche kirchlicher Straf- und Zuchtmittel bestimmt folgendes: Kein Religionsdiener ist befugt, andere als rein religiöse oder die Entziehung der innerhalb der Religionsgesellschaft wirksamen Rechte betreffende Straf- und Zuchtmittel anzudrohen, zu verhängen und zu verkünden. Die Verhängung und Verkündung religiöser Straf- und Zuchtmittel ist verboten wegen Vornahme oder Unterlassung einer durch die Staatsgeseze oder die Obrigkeit angeordneten Handlung, ferner wegen Ausübung einer öffentlichen Wahl oder des Stimmrechtes. Endlich ist kein Religionsdiener befugt, zulässige Straf- und Zuchtmittel unter Bezeichnung der bestraften Person öffentlich zu verkünden. Zuwiderhandeln wird mit Geldstrafen bis 1000 Thaler oder Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft; außerdem kann die Fähigkeit der Bekleidung öffentlicher Ämter, Kirchenämter eingeschlossen, bis auf 5 Jahre aberkannt werden. — Wegen der Vorbereitungen zum Pairschub ist ein Arrangement zwischen der Regierung und dem Herrenhaus-Präsidium dahin getroffen worden, daß das Herrenhaus diesen Monat keine Sitzungen hält.

Der italienische Ministerpräsident Sanja legte einen Gesezentwurf betreffs des Personales der Gefangenenaufsicher und einen statistischen Ausweis über die öffentliche Sicherheit vor. Der Ministerpräsident constatirt die von der Regierung ergriffenen Maßregeln wegen Entschädigung der Ueberschwemmten. Auf eine Interpellation Oliva's erklärt derselbe, daß die öffentliche Sicherheit, namentlich was das Verbrechen des Todtschlages betrifft, sich gebessert habe. — Der Justizminister legt den Gesezentwurf über die religiösen Körperschaften vor. Die Kammer genehmigt sodann einige Rechnungsabschlüsse administrativer Natur. — Die „Stalie“ veröffentlicht einen Auszug aus dem in der Kammer eingebrachten Gesezentwurf, die religiösen Körperschaften betreffend. Hiernach werden die Geseze aus den Jahren 1866, 1867, 1868 und 1870 betreffs Aufhebung dieser Körperschaften und Convertierung der Güter derselben auf die Provinz Rom angewendet. Die Generalatshäuser jedoch, welche einen General oder Generalprocurator in der Stadt Rom haben, bleiben unverändert; auch werden die Stiftungsgüter dieser Häuser erhalten, dürfen aber nicht vermehrt werden, und genießen diese Häuser nicht die Rechte von juristischen Personen. Die Güter der aufgehobenen Körperschaften bleiben ihrem ursprünglichen wohltätigen Stiftungszweck erhalten. Die den religiösen Häusern gehörigen Gebäude in Rom bleiben zur Verfügung der Geistlichen bis zur erfolgten Liquidation ihrer Pensionen, die binnen Jahresfrist zu geschehen hat. Die Güter der religiösen Körperschaften in der Stadt Rom werden in öffentliche, unveräußerliche Rente convertiert. Die „Opinione“ veröffentlicht gleichlautende Mitteilungen und fügt hinzu, daß das gesammte reine Einkommen der Körperschaften 17,192 000 Francs beträgt.

Die russische Regierung hat in Wien zur Anzeige gebracht, daß sie durch zwei Kriegsschiffe hydrographische Messungen im Schwarzen und im Adon'schen Meere vornehmen und in diesen Gewässern dreizehn Leuchttürme errichten läßt.

Die Cabineten von London, St. Petersburg und Berlin haben von der Pforte Aufklärungen, über den Feldzug des Vizekönigs von Egypten in Abessinien verlangt; die Pforte hat ausweichend geantwortet; allein die bezeichneten drei Mächte sind neuerdings auf den Gegenstand zurückgekommen und haben gleichzeitig einen entsprechenden Schritt bei dem Vizekönig direct unternommen.

Eine Depesche von Lessps aus Constantinopel meldet, daß zwischen dem Sultan, der Pforte und dem Vizekönig von Egypten eine vollständige Uebereinstimmung zur Unterstützung der Suez-Kanal-Gesellschaft erzielt wurde. Lessps erhielt eine Abschrift des Protestes der Pforte gegen das Urtheil des Seine-Tribunals.

## Tagesneuigkeiten.

— (Prinz Alfred von England) hat in Begleitung des Fürsten Meternich das Conservatorium in Wien besucht, alle Einrichtungen desselben besesehen und eine Stunde lang die einzelnen Vorträge angehört.

— (Fürst Bischof) ist, wie der „Köln. Ztg.“ von Berlin geschrieben wird, von seinem jüngsten Unwohlsein in völlig wieder hergestellt und konnte bereits wieder das Zimmer verlassen.

— (Zur Mollerei-Ausstellung in Wien) sind bereits 800 Anmeldungen, darunter 265 für Gerichte, eingelaufen. In der jüngsten Sitzung des Ausstellungsausschusses wurde unter anderem beschlossen, daß die prämierten Aussteller nebst der Medaille noch ein Diplom erhalten.

— (Weiblicher Redacteur.) Um einem Bedürfnisse abzuhelfen, ist nun die Tochter des Buchdruckers Herrn Hoffmann in Villach, Fräulein Julie Hoffmann, bei der Behörde um die Bewilligung eingeschritten, das im Verlage ihres Vaters erscheinende Blatt „Die süddeutsche Post“ als Herausgeberin und Redacteurin zeichnen zu dürfen.

— (Stadterweiterung in Klagenfurt.) In Klagenfurt beschäftigt man sich außer der Anlehenfrage auch schon angelegentlich mit der Stadterweiterung und hofft, daß durch Neubauten der Wohnungsnoth und den hohen Mietpreisen abgeholfen werde.

— (Der lavantthaler Zweig-Lehrerverein) petitionierte um die Aufnahme der Landes-Schulanleihe. Vierzig Schulgemeinden haben bereits Besuche um Darlehen für Schulbauten eingereicht.

— (Neuer Verein.) Wie das „Pr. Abbl.“ meldet, ist in Prag gegenwärtig ein Verein im Entstehen begriffen, welcher sich den Zweck gesetzt hat, statt des lästigen Hutabnehmens den militärischen Gruß durch bloßes Anlegen an die Hutfürche (Salutieren) einzuführen. Der Verein zählt bereits 24 Mitglieder.

— (Einbruch im österreichischen Gesandtschafts-Palais in Rom.) Aus Rom wird der „N. Pr.“ unterm 14. d. M. berichtet: „Verfloßene Nacht brachen im Palazzo di Venezia, dem Palais der österreichischen Gesandtschaft, Diebe ein und versuchten die Thür zum Bibliotheksaal zu erbrechen. Dieselben mußten jedoch unverrichteter Dinge abziehen, da die solide Thür, obgleich sie stark beschädigt wurde, doch allen ihren Bemühungen widerstand.“

— (Skavenhandel.) Am 9. d. M. kam ein englischer Dampfer von Malta mit zwanzig Sklaven aus Tripolis in Constantinopel an. Der Skavenhandel zwischen Constantinopel und Tripolis via Malta soll gegenwärtig sehr lebhaft sein.

## Locales.

### Krainischer Landtag.

V. Sitzung.

Laibach, 22. November.

Landeshauptmann Dr. v. Kaltenegger eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 20 Minuten vormittags. Das Haus ist beschlußfähig.

Als Vertreter der Regierung anwesend: k. k. Landespräsident Alexander Graf Auersperg.

Das Protokoll über die letzte Landtagsitzung wird vorgelesen und verificiert.

Der Landeshauptmann theilt mit, daß Ihre Majestät die Kaiserin die Glückwünsche des krainischen Landtages aus Anlaß Höchstihres Namensfestes huldreichst und dankend anzunehmen geruht haben.

Die Petition des Herrn Johann Bistobnik um Einrechnung seiner im Staatsdienste zugebrachten Zeit bei Bemessung der Pension wird dem Finanzausschusse, die Petition der Ortsgemeinde Adelsberg u. a. Gemeinden wegen Errichtung einer Straße und betreffend die Erfolgslassung einer Subvention per 1000 fl. aus Landesmitteln zur Instandhaltung der Brücken dem Gemeinde- und Straßenausschusse zur Vorberatung, Berichtstattung und Antragsstellung zugewiesen.

Die Interpellation des Abg. Dr. Volkmar und Genossen, betreffend die Personenaufnahme am Rudolfsbahnhofe in Laibach, beantwortet der k. k. Landespräsident dahin, daß in dieser Beziehung bereits im Jahre 1871 von mehreren Gemeinden eine Petition im Wege des Landesausschusses an die krainische Landesregierung gelangt ist; daß eine ähnliche Petition auch im Jahre 1872 von den Gemeinden Ober- und Unter-Schischla der Regierung übergeben wurde; daß beide Petitionen von der Regierung befürwortet dem k. Handelsministerium unterbreitet, daß auch die im September l. J. von mehreren Gemeinden und einigen Besitzern überreichte Petition, in welcher hervorgehoben wurde, daß auf Grund einer Verordnung vom 1. Juli 1872 die Verkehrsdirection der Kronprinz-Rudolfsbahn bei Aufnahme von Personen auf dem Bahnhofe in Laibach eine Uebergebühr von 50 kr. einhebe, welche Gebührenabforderung jede freiwillige Personenaufnahme illusorisch mache, — von Seite der krainischen Landesregierung befürwortet dem k. Handelsministerium unterbreitet wurde und der Wunsch der Interpellanten durch neuerlichen Bericht hienorts unterstützt werde.

Die zweite vom Abg. Horak und Genossen eingebrachte Interpellation inbetreff der Uebertragung des Gerichts- und Steueramtes von Planina nach Voitsch wird der Herr Regierungsvortreter in einer der nächsten Sitzungen beantworten.

Ueber Antrag des Abg. Baron Ayskarn wird die Petition der Gemeinden des Bezirkes Adelsberg wegen Erlass von Schulkosten aus den Händen des Gemeindevorstandes in jene des Finanzausschusses geleitet.

Hiernach wird zur Tagesordnung geschritten.

1. Der Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag des Zwangsarbeits-Fondes pro 1873;  
2. der Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag des Landeskultur-Fondes pro 1873;  
3. der Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag des Herrenhaus-Baufondes pro 1873;  
4. der Bericht des Finanzausschusses über die Voranschläge der krainischen Stiftungsfonde pro 1873;  
5. der Bericht des Finanzausschusses über die Rechnungsabschlüsse der krainischen Stiftungsfonde pro 1871, — werden ohne Debatte in zweiter und dritter Lesung angenommen und genehmigt.



